



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hartung, Fritz: Bismarcks Entlassung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bismarcks Entlassung

Von Professor Dr. Fritz Hartung



Die Katastrophe des März 1890 erscheint uns heute als der erste Akt der Tragödie, die das Deutsche Reich über den November des Jahres 1918 bis zum Frieden von Versailles geführt hat. Der Schleier, der zunächst über die Vorgänge jener Zeit gebreitet war, hat sich allmählich gelichtet. Bismarck selbst hat sich freilich in der Öffentlichkeit über die Gründe seines Rücktritts nicht ausgesprochen; der Kaiser und die Männer des neuen Kurses fanden erst recht keinen Anlaß, sich darüber zu äußern. Erst nach Bismarcks Tode wurde sein Abschiedsgesuch bekannt gegeben. 1906 ließ uns Hohenlohe einen Blick hinter die Kulissen tun, gerade weit genug, um phantasiebegabte Gelehrte zu kühnen Vermutungen anzuregen, nicht weit genug, um die Verknüpfung des Knotens zu erkennen. Nüchterne Forschung von Egelhaaf und Thimme hat uns unter Benützung neueren Materials wieder auf den festen Boden der Tatsachen gestellt. Der neuen Zeit, die mit dem 9. November 1918 über uns hereingebrochen ist, verdanken wir weiteres wertvolles Quellenmaterial, die Briefe Wilhelms des Zweiten an Kaiser Franz Joseph vom 3. und 12. April 1890 und die mit interessanten Anlagen ausgestatteten Aufzeichnungen des Herrn von Bötticher, der als Vizepräsident des Staatsministeriums und als Staatssekretär des Reichsamts des Innern die Dinge aus nächster Nähe mit angesehen, vielleicht auch — diese Möglichkeit bleibt bestehen, denn seine Darstellung übergeht manches mit Schweigen — mit beeinflusst hat.¹⁾ So kann heute, obwohl der dritte Band der Gedanken und Erinnerungen uns noch vorenthalten wird, der Verlauf der Krisis schon mit genügender Sicherheit dargestellt werden.

Unmittelbar nach seiner Thronbesteigung hatte Wilhelm der Zweite Bismarck gebeten, im Amt zu bleiben, so lange Leben und Gesundheit es ihm gestatten würden, und Bismarck hatte ihm versprochen, nicht von seiner Seite zu weichen. Das war auf beiden Seiten zweifellos ehrlich gemeint. Denn während Friedrich der Dritte zu der liberalen Generation gehörte, die dem Bismarckschen Nachstaat immer ab-

¹⁾ Fürst Bismarcks Entlassung, herausgegeben von G. von Eppstein, Berlin (Scherl).

lehrend gegenüber gestanden hatte, war Wilhelm der Zweite unter dem Eindruck der Erfolge Bismarcks groß geworden und zählte zu der Jugend der achtziger Jahre, die für Bismarck, sowohl für seine Macht- wie für seine Sozialpolitik, eintrat. Aber der Unterschied der Zeiten und der Persönlichkeiten ließ sich auf die Dauer doch nicht ausschalten. Gerade gegenüber der Autorität, die Bismarck durch das Schwergewicht seiner Erfolge innewohnte, empfand Wilhelm der Zweite das Bedürfnis, die eigene Persönlichkeit in unruhiger Vielgeschäftigkeit, reisend und redend, zur Geltung zu bringen. Dazu kamen bald sachliche Meinungsverschiedenheiten über die Sozialpolitik. Schon im Juni 1889 sah der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts von Lucanus „darin die Quelle von Schwierigkeiten pro futuro“. Im Winter 1889/90 wurde die Frage akut. Unter dem Einfluß seiner nichtamtlichen Berater, seines alten Erziehers Hinzpeter, eines Professors Heyden, des Oberpräsidenten von Verlepsch wollte der Kaiser die Sozialpolitik über die Grenzen, die ihr Bismarck gezogen hatte, hinausführen; er sah darin die soziale Aufgabe des preußischen Königtums, sah darin ein Mittel zur Beschwörung der sozialen Revolution, die man ihm anscheinend als nahe bevorstehend geschildert hatte, sah endlich wohl auch hier die Gelegenheit, selbständig die Richtung der Politik zu bestimmen. Im Kronrat vom 24. Januar 1890 trug er sein Programm vor, forderte das Staatsministerium zur Mitarbeit auf.

Das alles stand in diametralem Gegensatz zu Bismarcks Ansichten. Der Revolution wollte er mit Energie, wenn es sein müsse, mit den Waffen entgegen-treten. Und im erweiterten Arbeiterschutz, in Sonntagsruhe und Beschränkung der Arbeitszeit sah er lediglich unzulässige Einengungen der persönlichen Freiheit. Um an der Ausführung des kaiserlichen Programms nicht verantwortlich mit-wirken zu müssen, legte er am 31. Januar das preußische Handelsministerium nieder; Verlepsch wurde sein Nachfolger. Auch die Erlasse, in denen Wilhelm der Zweite am 4. Februar seine Absichten verkündete, zeichnete er nicht mit. Er erwog in diesen Tagen, sich ganz aus der inneren Verwaltung herauszuziehen und nur die Leitung der auswärtigen Politik zu behalten, gab dann aber diesen Gedanken als undurchführbar wieder auf.

Aber schon war seine Stellung erschüttert. Es war Bismarcks Leistung, daß der Monarch in Deutschland und in Preußen mehr zu sagen hatte als in den Ländern des westeuropäischen Parlamentarismus, daß die Minister nicht nur dem Namen nach, sondern in Wirklichkeit Diener der Krone waren. Um so schmerzlicher war für ihn die Erkenntnis, daß die Minister in seinem Konflikt mit der Krone nicht zu ihm, sondern zum Monarchen standen, auch Bötticher, der langjährige vertraute Mitarbeiter. Daß Bötticher am 8. März den Schwarzen Adlerorden erhielt, mußte unter diesen Umständen als beabsichtigte Kränkung Bismarcks erscheinen. Der unmittelbare Verkehr zwischen Wilhelm dem Zweiten und den Ministern war für Bismarck Anlaß, die Kabinettsorder von 1852 wieder hervorzuholen, die dem Ministerpräsidenten im Interesse der Einheitlichkeit der Regierungspolitik das Recht gab, den Vorträgen der Minister beim König beizu-wohnen. Aber diese Kontrolle wollte der Kaiser nicht dulden; er befahl die Auf-hebung der Order, Bismarck verweigerte sie.

Bereits unter der Einwirkung des offenen Zwiespalts zwischen Wilhelm dem Zweiten und Bismarck hatten unterdessen am 20. Februar die Reichstags-

wahlen stattgefunden und zu einer schweren Niederlage des Kartells, zumal der Mittelparteien, geführt. Die alte Bismarck feindliche Mehrheit von Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie war wieder hergestellt.

Es ist nun von H. Delbrück behauptet worden, daß Bismarck sich bei dieser Lage mit Staatsstreichplänen getragen habe. Daß die Quellen nicht ausreichen, um diese Behauptung zu begründen, hat Delbrück wenigstens in seinen ersten Untersuchungen zugegeben; sein Hauptargument ist die Konkludenz der Tatsachen. Aber der erste Teil seiner Beweisführung, das Verhalten Bismarcks beim Scheitern des Sozialistengesetzes im Januar 1890, ist angesichts der neuen Quellen, zumal eines ausdrücklichen Zeugnisses von Bismarcks eigener Hand, zusammengebrochen; der Raum verbietet es, näher darauf einzugehen. Und auch vom zweiten Teil, in dem aus Bismarcks zweifellos zeitweise verärgelter Stimmung gegenüber dem Reichstagswahlrecht die Absicht einer durch Staatsstreich zu erzwingenden Änderung des Wahlrechts gefolgert, aber keineswegs bewiesen wird, bleibt nicht viel übrig. Kein Zweifel besteht daran, daß Bismarck bei ungünstigem Ausfall der Reichstagswahlen sich abfällig über das gleiche und geheime Stimmrecht zu äußern pflegte; seit 1878 sprach er gelegentlich davon, daß das Wahlrecht geändert werden müsse, daß das Reich auch ohne Reichstag und Reichsverfassung lediglich auf Grund der Bundesverträge und Militärkonventionen der Einzelstaaten zusammengehalten werden könne. Aber gerade, weil er den Gedanken so lange in sich trug, ohne jemals weder gegenüber den feindseligen Reichstagsmehrheiten von 1881 und 1884 noch mit Hilfe seiner Kartellmehrheit von 1887 zur Verwirklichung zu schreiten, liegt kein zwingender Grund zu der Annahme vor, daß er 1890 keinen anderen Ausweg mehr gewußt habe als den Staatsstreich, über dessen Gefährlichkeit zumal für die auswärtige Stellung des Reichs er sich keine Illusionen machen konnte. Aber die Möglichkeit, daß es zwischen der Regierung und dem Reichstag namentlich über die geplante Militärvorlage zu Differenzen kommen könne, daß die Regierung den Reichstag vielleicht auflösen müsse, daß dann Aufstände nicht ausgeschlossen, aber mit Energie niederzuschlagen seien, über alles das hat er dem Kaiser Vortrag gehalten. Vor den letzten Konsequenzen scheute Wilhelm der Zweite zurück; er beschloß, von der Militärvorlage, die ursprünglich 80 000 Mann mehr fordern sollte, nur so viel bestehen zu lassen, wie man vom Reichstag gutwillig erwarten konnte. Aber all das, auch die zuverlässig überlieferte Abneigung des Kaisers gegen militärische Niederwerfung von Unruhen beweist doch nichts anderes, als daß Bismarck alle Möglichkeiten ins Auge faßte, beweist nichts gegen Bismarcks Erklärung der von ihm erwogenen scharfen Maßnahmen: Zwischen Vorbeugen und Provokieren ist doch ein großer Unterschied.

Überhaupt, man kann Bismarck nicht gründlicher mißverstehen, als wenn man ihn auf eine einzige Richtlinie festlegen will. Er hatte immer mehr als ein Eisen im Feuer. Auch jetzt war er noch nicht am Ende seiner Kraft und seiner Mittel. Am 12. März empfing er Windthorst, den Bleichröder doch wohl nicht ohne sein Vorwissen zum Besuch aufgefordert hatte. Die Möglichkeit einer konservativ-kerikalen Reichstagsmehrheit war gegeben; diese Kombination scheiterte nicht an den Parteien, noch weniger an Bismarck, sondern am Kaiser, der von den Besprechungen mit Windthorst — wir wissen noch nicht, durch wen — unter-

richtet, in merkwürdiger Verkennung der Aufgabe des konstitutionellen Monarchen von Bismarck verlangte, daß er erst seine Einwilligung einzuholen habe, bevor er mit Parlamentariern Verhandlungen einleite. Darüber kam es am 15. März früh zu einer persönlichen Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler, bei der Bismarck in begreiflicher Gereiztheit, die den Kaiser tief verletzte, sich eine derartige Beschränkung seiner amtlichen Tätigkeit verbat. Es war deutlich, daß an ein weiteres Verbleiben Bismarcks im Amte nicht zu denken war.

Auch der Rückzug auf das Altenteil der auswärtigen Politik ließ sich nicht mehr ausführen. Die Gegensätze waren auch hier unüberbrückbar geworden. Auch in dieses Gebiet griff Wilhelm der Zweite selbständig ein, ohne alle Rücksicht auf den Kanzler und dessen wohlerrungene und erprobte Politik. Hohenlohe verzeichnet als Gerücht, der Kaiser habe einen Brief an die Königin von England geschrieben, der hinterher doch Bismarck bekannt geworden sei. Die Geschichte ist glaubhaft nach allem, was wir seither über Wilhelms des Zweiten vertrauliche Korrespondenz in auswärtigen Angelegenheiten erfahren haben. Bismarck mußte sich schon im Sommer 1889 sehr energisch dagegen verwahren, daß ihm Befehle politischer Natur und von besonderer Tragweite ohne vorgängige Erörterung erteilt würden. In der inneren Politik konnte er Launen seines Monarchen hinnehmen mit der Hoffnung, daß sie vorübergehen würden und daß der aus ihnen entstehende Schade sich ausgleichen lasse. In der auswärtigen Politik konnte er eine Störung seiner Kreise nicht dulden. Wenn hier durch ungeschicktes Eingreifen ein Faden riß, so bestand Gefahr, daß der Gegner ihn aufnahm und das kunstvolle Gewebe der Bismarckschen Politik zerstörte. Sein System des Gleichgewichts zwischen Rußland und Österreich-Ungarn war wohl kompliziert, aber gerade darum war es der schwierigen Lage des zwischen den Großmächten eingeklinkten Deutschen Reiches angepaßt. Das System der unbedingten Bundestreue gegen Österreich-Ungarn, das Wilhelm der Zweite jetzt auf einmal einschlagen wollte, nachdem er sich über ein Jahr hindurch persönlich immer wieder um die Gunst des Zaren beworben hatte, war wohl einfacher, aber gefährlicher. Es entsprach nicht den Interessen des Reiches, sondern war lediglich ein Ausfluß der romantischen Stimmungen des Kaisers, in denen Bismarck mit Recht einen bedenklichen Rückfall in die Weise Friedrich Wilhelms des Vierten und in denen auch Hohenlohe den schwarzen Punkt der Zukunft sah. Gerade darum wollte Bismarck die Fäden fest in seiner Hand halten und übte Kontrolle über die Berichte, die dem Kaiser vorgelegt werden sollten. Aber auch hier verlangte Wilhelm der Zweite, daß er über alles auf dem Laufenden gehalten werde; ja darüber hinaus: auf Grund von Berichten des Konsuls von Kiew über russische Rüstungen, die ihm durch den Generalstab zugegangen waren, also auf Grund einer doch ganz einseitigen Darstellung forderte er einen plötzlichen Umschwung der deutschen Politik. Auch diese Weisung konnte Bismarck als verantwortlicher Staatsmann nicht ausführen, weil sie dem Grundgedanken seiner Politik diametral entgegengesetzt war. Den Vorwurf ungenügender Information empfand er als unverbientes und fränkendes Mißtrauen.

So stießen auf allen Gebieten Kaiser und Kanzler aufeinander. Es blieb kein anderer Ausweg als die Trennung. Am 17. März erhielt Bismarck durch die Chefs des Zivil- und des Militärkabinetts, Lucanus und Sahnke, den Befehl,

entweder die Aufhebung der Kabinettsorder von 1852 anzunehmen oder das Abschiedsgesuch einzureichen. Für Bismarck war die Entscheidung schon gefallen. Noch einmal versammelte er am Nachmittag des 17. die preussischen Staatsminister um sich und entwickelte vor ihnen die Gründe seines Rücktritts. Den Kernpunkt rückte er echt bismarckisch schlicht und groß in den Vordergrund: er müsse bezweifeln, daß er die ihm verfassungsmäßig obliegende Verantwortlichkeit für die Politik Sr. Majestät noch tragen könne, da ihm von allerhöchster Stelle die hierfür unerläßliche Mitwirkung nicht eingeräumt werde; daß er auch bei den Ministern die rechte Unterstützung vermisse, leugnete er nicht; die Minister versuchten auszugleichen, sich zu rechtfertigen, natürlich umsonst. Am Abend berieten sie bei Bötticher, was zu tun sei, und kamen zu dem einfachen Ergebnis, daß für sie gar nichts zu tun sei; der heroische Vorschlag, gemeinsam dem Monarchen die Portefeuilles zur Verfügung zu stellen, wurde als nicht im Einklang mit der preussischen Tradition abgelehnt. Am 18. verfaßte Bismarck sein Abschiedsgesuch, seine letzte Staatschrift; wie alles, was wir aus seiner Feder besitzen, knapp, klar, unerbittlich scharf in der Darlegung der Motive, der *capitis diminutio*, welche der Stellung des Ministerpräsidenten zuteil werden sollte, der Begrenzung seiner dienstlichen Berechtigungen über das Maß hinaus, das er zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit brauche, endlich der jüngsten Entscheidungen des Kaisers auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, in denen er eine Gefährdung der für das Reich wichtigen Erfolge gegenüber Rußland erblicken müsse: zwingend ergibt sich daraus der Schluß, die Bitte um Enthebung von von seinen Ämtern. Am 20. bewilligte der Kaiser das Gesuch mit huldvollen Worten und mit einer einzigartigen Auszeichnung, der Verleihung der Würde des Herzogs von Lauenburg. Aber diese Auszeichnung, von Bismarck schon vorher ausdrücklich abgelehnt, weil er den Namen, unter dem er Weltruhm erlangt hatte, nicht aufgeben wollte, konnte die Bitterkeit des Abschieds nur vermehren. Und Ungeschicklichkeiten und Versäumnisse des Nachfolgers vertieften die Kluft noch mehr.

Das Intimste und Persönlichste dieser Wochen, all das, was sich hinter den Kulissen vollzog, ist uns nicht recht greifbar. Daß auf beiden Seiten die kleineren Geister geschäftig waren, Öl ins Feuer zu gießen, wird uns glaubhaft berichtet. Herbert Bismarck auf der einen Seite, den Großherzog von Baden auf der andern Seite können wir bei dieser Arbeit verfolgen; die Beteiligung der andern, etwa Böttichers und der Minister, die in der Staatsministerialsitzung vom 17. März das Bedürfnis empfanden, ihre Unschuld zu betonen, liegt einstweilen im Dunkeln. Aber was bedarf es darüber der Einzelheiten. Daß Bismarck kein bequemer Gegner war und daß er heftig werden konnte, wenn er, wie es in der milderen Bürokratensprache Böttichers heißt, besonders lebhaft war, daran wird niemand zweifeln. Er kämpfte mit allen Fasern seines Wesens für das Werk, das er geschaffen hatte und mit dem er verwachsen war; daß er auch diesen Kampf mit persönlicher Leidenschaft führte, ist selbstverständlich; daß er, wenn er die Erfahrung eines langen, erfolgreichen Lebens gegen die unerfahrene Jugend, die kein anderes Verdienst aufzuweisen hatte als die Geburt, ausspielte, gelegentlich die Form verlegte, die der Diener seinem Kaiser und Herrn gegenüber zu wahren hatte, wer sollte deswegen mit ihm rechten! Aber daß es ihm auch bei diesem

letzten Kampf wie bei allen früheren nur auf die Sache ankam und daß das Gerebe von dem Gegensatz zwischen Dynastie Bismarck und Dynastie Hohenzollern Verleumdung war, dafür sollte sein Leben voll Mühe und Arbeit, voll Kampf und Erfolg für das Haus Hohenzollern Beweis genug sein. Und wenn Wilhelm der Zweite in Bismarcks Sorge um das Reich nur kleinliche Eifersucht Bismarcks auf seinen armen jungen Kaiser zu erblicken vermochte, so charakterisiert das ihn, nicht Bismarck. Gewiß ist es zu verstehen, daß es dem jungen Kaiser, tatkräftig und selbstbewußt wie er war, schwer wurde, sich unter Bismarcks Führung zu beugen. Das Zusammenwirken einer alten und einer jungen Generation vollzieht sich nirgends, auch im alltäglichen Leben nicht, ohne Reibungen; und es ist leicht zu sagen, daß die Jugend das natürliche Ende abwarten sollte. Aber vergleicht man die Persönlichkeiten, die sich hier gegenüber traten, betrachtet man das Vorgehen Wilhelms des Zweiten und seine Urteile über die Ereignisse, wie sie in seinen Briefen an Kaiser Franz Joseph vorliegen, so wird man ihm den Vorwurf nicht ersparen können, daß es ihm an Verständnis für das Große und Einzige der Persönlichkeit Bismarcks, daß es ihm an Ehrfurcht vor dem Manne, der das Königtum der Hohenzollern neu befestigt und ihm die Kaiserwürde zugefügt hatte, gänzlich gefehlt hat. Die Art des Vorgehens ist auf keine Weise zu entschuldigen. Hier liegt der Fehler Wilhelms des Zweiten; daß der Ausgang den Befürchtungen Bismarcks nur allzu sehr Recht gegeben hat, kommt zu dieser Schuld hinzu, schafft sie aber nicht erst. Eines soll freilich darüber nicht vergessen werden: es handelte sich nicht einfach um Wilhelm den Zweiten und Bismarck, um Jugend und Alter, sondern auch um Kaiser und Kanzler. Nachdem es zwischen ihnen zum Kampf gekommen war, konnte es keinen andern Ausweg geben als die Entlassung Bismarcks. Auch für Bismarck nicht. Zum Rebellen war er — ganz abgesehen von der Frage, ob die Zeiten noch waren, in denen der Hausmeier sich gegen seinen Herrn erhob — nicht geschaffen; die eingeborene Vasallentreue war stärker als alle persönliche Bitterkeit.

Aber über dem Persönlichen, so ergreifend es ist, steht doch das Sachliche und Allgemeine. Nicht nur zwei Menschen, auch zwei Zeitalter stießen aufeinander. Der neuen Zeit, die er selbst heraufgeführt hat, die auf den von ihm gebauten Grundlagen weiterbaut, steht Bismarck fremd und ablehnend gegenüber. Das beweist vor allem seine Stellung zur Sozialdemokratie. Wohl hatte er Recht darin, daß er alle Aufstandsversuche mit Energie niederschlagen wollte; eine Regierung muß den Mut besitzen, sich zu verteidigen. Aber ein Fehler war es, die Bewegung einer Klasse, die doch ein unentbehrliches Glied des modernen Wirtschaftslebens war, mit Gewalt unterdrücken zu wollen. Das Mittel, die erklärten Sozialdemokraten des Wahlrechts zu berauben, wäre ja auch nicht durchzuführen gewesen. Auch sonst drängte die Zeit über Bismarck hinaus; und da er nicht mehr mitgehen wollte, wurde seine innere Politik unfruchtbar. Die Steuerreform in Preußen kam nicht vorwärts, so notwendig die Anpassung des veralteten preußischen Steuersystems an die veränderte wirtschaftliche Lage und an die veränderten sozialen Anschauungen war. Das Kartell versagte in der inneren Politik.

Und selbst auf seinem eigensten Gebiet, dem der auswärtigen Politik, bereiteten sich neue Entwicklungen vor. Der Friede, den er uns seit 1871 bewahrt hatte, beruhte auf der Voraussetzung der Sätturiertheit Deutschlands. Sie traf bis

in die achtziger Jahre zu. Dann aber wuchs Deutschlands Wirtschaftsleben unter dem Schutz der Bismarckschen Politik immer mehr in die Weltwirtschaft hinein und zwang zur Erweiterung der Kontinentalpolitik zur Weltpolitik.

Die ersten Schritte hat er 1884/85 auf diesem Wege selbst noch getan, und wenn er auch unter dem kontinentalen Druck, der seit 1886 wieder in voller Schwere auf Deutschland lastete, sich vorsichtig zurückhielt, so ist damit doch keineswegs gesagt, daß er nicht sein politisches Verfahren der Ausdehnung der deutschen Interessen in der Welt noch weiter angepaßt haben würde. Überhaupt ist der Reichtum seiner Natur immer so groß gewesen, daß man nicht mit Bestimmtheit sagen kann, daß es ihm 1890 an Mitteln gefehlt habe, neue Aufgaben zu bewältigen.

Freilich, er war nun 75 Jahre alt, und die alte Frische und Beweglichkeit besaß er nicht mehr. Das Schicksal des Moses war auch ihm beschieden: er hatte sein Volk durch die Wüste geführt, seine Augen waren nicht dunkel geworden und seine Kraft war nicht verfallen. Aber das gelobte Land der Zukunft vermochte er nicht mehr zu betreten. Sein Zeitalter ging zu Ende.

Für ihn selbst war die Trennung von dem Amte bitter-schwer, die Ruhe, die er so oft ersehnt hatte, wurde ihm nicht zuteil. Erschütternd litt er unter der Latenlosigkeit des Alters. Er hat es selbst G. Friedjung erzählt, wie er eines Abends in den Räubern die ergreifende Stelle las, „wo Franz den alten Moor ins Grab zurückschleudert mit den Worten: was? willst du denn ewig leben? Und da stand mir mein eigenes Schicksal vor Augen.“ Und noch schwerer trug er an der Sorge um die Zukunft des Reichs. Auch darin ist sein Schicksal dem des Moses zu vergleichen: es stand hinfort kein Prophet auf wie Mose. Dem neuen Kurs fehlte der Steuermann, der mit klarem Auge und fester Hand das Schiff lenken konnte. Um so eindringlicher wurden Bismarcks Mahnungen, seine Gespräche, seine Reden, die von ihm veranlaßten Zeitungsartikel. Und noch über das Grab hinaus spricht er zu uns in seinen Gedanken und Erinnerungen, seinem politischen Vermächtnis, das in den heiteren Tagen politischer Entspannung und wirtschaftlichen Fortschritts uns den Blick schärfen wollte für die Gefahren der Luftdruckverteilung, aus denen die schweren Stürme herauswachsen konnten.

Wie wirkte die Entlassung auf das Volk? Der Kaiser empfand wohl, daß ein großes Zeitalter abgeschlossen sei, daß erst jetzt Wilhelm der Erste endgültig gestorben sei; aber er empfand es nicht als Verlust, sondern als Erleichterung, und statt, des künftigen Steuermanns beraubt, mit doppelter Vorsicht zu fahren, kommandierte er mutig: Vollbampf voraus. Auch das Beamtentum fühlte die Entlastung von dem Druck der schweren Persönlichkeit Bismarcks mehr als die Belastung, die ihm mit der Verantwortlichkeit für den weiteren Gang der Politik nun auferlegt wurde. Das behagliche Gefühl, daß der große Mann nicht mehr zu fürchten sei, war vorherrschend, so erzählt Hohenlohe; und die alten Gegner Bismarcks waren froh wie die Schneekönige, daß sie jetzt offen reden konnten. Und je tiefer wir hinabsteigen, desto erbärmlicher ist der Eindruck. Schakale und Hyänen, die längst auf den Tod des Löwen gelauert hatten, sie stürzten sich nun auf ihn, da er zur Strecke gebracht schien; Haß und Verbitterung, lange Zeit angesammelt, und dazu die schleichende Angst, er könne noch einmal zum Leben erwachen, entluden sich so schamlos, daß selbst die Franzosen Einspruch erhoben.

Mit den Worten, das ist reiner Wahnsinn, um ein Haar vergessen sie alles, was Bismarck für Deutschland getan hat, charakterisierte der „Figaro“ das Verhalten der freisinnigen Presse; und Cassagnac schloß aus der Undankbarkeit der Deutschen gegen den Mann, der sie nach Paris geführt hatte, die Deutschen seien kein großes Volk. Aber die deutschen Parteien lernten nichts; die alte Bismarckfeindliche Reichstagsmehrheit, das Zentrum, die freisinnige Volkspartei, die Sozialdemokratie brachte es 1895 sogar fertig, Bismarck, dem Schöpfer des Reichstags, den Glückwunsch zum 80. Geburtstage zu versagen.

Freilich, daneben kam immer lauter, immer gewaltiger die Dankbarkeit zum Ausdruck, die die Besten unseres Volkes dem Reichsgründer entgegengebracht haben. Für sie war die Entlassung Bismarcks ein betäubender Schlag. Die Treue gegenüber Kaiser und Reich und gegenüber Bismarck, bisher ein und dasselbe, sie bedeutete jetzt für viele einen Konflikt der Pflichten; sie brauchten Zeit, diesen Bruch innerlich zu verwinden. Aber darin bewährte sich die überpersönliche Sachlichkeit des Bismarckschen Werkes, daß gerade die, die am ernstesten und ehrlichsten an seiner weiteren Ausgestaltung mitarbeiteten, doch auch dem Manne die Treue wahren und sie immer wieder bezeugen konnten, in hellem Festesjubiläum zum 80. Geburtstag, in tiefer Ergriffenheit nach seinem Tode. Und vor dem Toten verstummte auch allgemach der Parteihader. Immer größer und wichtiger wurde seine Gestalt, je weiter wir uns von dem entfernten, was sterblich an ihm war. Er wurde das Symbol deutschen Wesens, deutscher Kraft, deutscher Einheit. So steht er, aus hartem Stein durch Meisterhand gefügt, über dem Hamburger Hafen, als der Rede Roland, der Schirmer des deutschen Bodens, aber zugleich hinausweisend in die Ferne und in die Zukunft.

Heute liegt sein Werk in Trümmern. Ja schlimmer als das: sogar der Wert dieses Werkes wird angezweifelt. Leute, die nur einen einzigen Gedanken in die Politik hineinzutragen haben und ihn verwirklichen wollen, mag darüber auch die Welt zugrunde gehen, sie werfen Bismarck vor, seine Politik sei ideenlos gewesen, weil sie sich den Umständen anpaßte, um den einen großen Gedanken, den der deutschen Einheit, in die Tat umzusetzen. Und ein verstiegener Individualismus, der nichts Höheres kennt als das liebe Ich, wagt sogar, den persönlichen Wert Bismarcks zu bestreiten. A. Scheffler erklärt in einer Studie über Bismarck rundweg: um das Jahr 1848 hört Bismarck auf, im höheren Sinne rein menschlich interessant zu sein. Für uns, denen höheres Menschentum nicht höhere Rechte auf Genuß, sondern höhere Pflichten gegenüber der Menschheit bedeutet, beginnt er vielmehr um 1848 erst recht interessant zu werden: das Problem, wie der große Mensch sich einfügt in den Staat, wie er durch die Kraft seiner Persönlichkeit seinen Staat über seine alte Begrenztheit hinaus steigert, wie er das deutsche Wesen zusammenfaßt zu machtvoller Gestaltung, das erscheint uns als der eigentliche Inhalt von Bismarcks Leben. Und wir wollen ihm die Treue halten; das Erbe, das er uns hinterlassen hat, das wollen wir uns wieder erarbeiten, heute erst recht, wo es verloren zu gehen scheint, wo es manchem schwer fallen mag, zum Staate Bismarcks ein inneres Verhältnis zu gewinnen, wo mancher glauben mag, die Aufgaben des neuen Deutschland erforderten Abkehr von Bismarck. Gewiß, wir können nicht zurück. Gerade er, der Mann der Realpolitik, würde es nicht billigen, die Aufgaben von heute und morgen mit den Methoden

von gestern und vorgestern meistern zu wollen. Wir müssen und wir wollen vorwärts; aber diesen Weg wollen wir gehen unter seiner Führung, in seinem Geiste, mit der unbedingten Hingabe an das Ganze, das Vaterland. Von ihm kann unsere Zeit lernen, was es heißt, die eigene Persönlichkeit unter Verzicht auf Genuß und Glück ganz einzustellen in den Dienst der Gemeinschaft. Für jeden von uns sei sein Wahlspruch eine Mahnung: patriae inserviendo consumor.



Die Kabinette in der alten Regierung

Von Admiral a. D. von Müller,

ehemals Chef des kaiserlichen Marinekabinetts

Die nachfolgenden hochinteressanten Ausführungen, deren Verfasser einen entscheidenden Einfluß auf die Person des Kaisers und damit auf die Geschichte des deutschen Volkes ausgeübt hat, glauben wir unsern Lesern nicht vorenthalten zu sollen, obgleich die Grenzboten den Standpunkt, von dem sie ausgehen, nicht völlig teilen. Wir behalten uns daher vor, in der Folge auch andere Stimmen zu der angeschnittenen Frage zu Worte kommen zu lassen. B.



In den Erörterungen über das alte Regierungssystem spielen die Kabinette eine große Rolle. Sie gelten als charakteristisch für das abgetane System und werden von seinen Feinden mit ihm verurteilt. Freilich ohne daß die Urteilenden über das Wesen der Sache genügend unterrichtet sind. Ich glaube deshalb etwas Nützliches zu tun, wenn ich aus den Geschäftskenntnissen und Erfahrungen meiner zwölfseinhalfjährigen Amtsführung als Chef des Marinekabinetts heraus etwas zur Klärung der Frage niederschreibe.

Das Altematerial über die Bildung des Militär- und Zivilkabinetts und deren innere Organisation steht mir nicht zur Verfügung. Ich kenne die Tätigkeit dieser Kabinette im wesentlichen auch nur durch den Verkehr mit den Chefs, mit denen man ja sehr viel zusammenkam und manchmal auch zusammen zu arbeiten hatte. Dabei habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß die drei Kabinette bei allen durch ihr Arbeitsgebiet gegebenen Unterschiedlichkeiten doch nach denselben Grundsätzen arbeiteten und daß deshalb das, was ich über das Marinekabinett zu sagen habe, im Wesen der Sache auch für die beiden anderen Kabinette gilt. Der entscheidende Grundsatz für die „Kabinettswirtschaft“ war:

„Die Förderung des Dienstes unter Beobachtung strenger Gerechtigkeit, unter möglichst sorgfältiger Respektierung der Ressortgebiete und unter Wahrung der Autorität und des menschlichen Ansehens des Monarchen.“

Diesen Grundsatz galt es durchzuführen auf allen Gebieten, die in den Geschäftsbereich des Marinekabinetts gehörten und die hier einzeln besprochen werden sollen.